

**ÜBERSICHT****AUSSENPOLITIK****ASIEN****(1)****Mongolische Volksrepublik: die Ausweisung chinesischer Staatsangehöriger und der Stand des chinesisch-mongolischen Verhältnisses**

Die Mongolische VR, umklammert von den beiden "roten Riesen" UdSSR und China, hat in der Gestaltung ihrer Außenpolitik - z.T. sogar ihrer Innen- und Wirtschaftspolitik - nur einen höchst schmalen Spielraum. Aufgrund eines "Vertrags über Freundschaft und Zusammenarbeit" aus dem Jahre 1966 sind in der MVR sowjetische Streitkräfte stationiert, deren Zahl sich vermutlich auf sechs Divisionen zu je 8.000 bis 12.000 Mann beläuft - also eine Zahl, die diejenige der Mongolischen Volksarmee mit rund 33.000 Mann (ISS Balance Sheet 1981/82, S.85) bei weitem übertrifft. Das nur 1,7 Millionen Einwohner zählende Land steht heute fast ausschließlich im Schatten der Sowjetunion: Die 4.673 km lange Südgrenze zu China hin wird größtenteils von sowjetischen Truppen bewacht; überall entlang der nach China hinüberführenden Transsibirischen Eisenbahn sind - auch für den normalen Reisenden ohne weiteres einsehbar - gewaltige Vorratslager für Panzer und Luftwaffe angebracht. Russisch bleibt die einzige Fremdsprache an den Schulen (nur in den Universitätsfakultäten werden noch andere Sprachen vermittelt); mongolische Studenten befinden sich hauptsächlich an der Lumumba-Universität in Moskau sowie in einer Reihe weiterer Universitäten des COMECON-Bereichs; die mongolischen Ministerien sind durchsetzt von sowjetischen "Beratern", deren Präsenz sich im Zentrum von Ulan Bator auch dem nur flüchtig beobachtenden Besucher bemerkbar macht, und die Buchläden sind voll mit Übersetzungen sowjetischer Autoren. Auch die Planwirtschaft folgt dem

sowjetischen Muster; die Regierungs- und Parteiorgane sind nach sowjetischem Muster aufgebaut, und auf dem Hauptplatz in der Hauptstadt befinden sich - dem Schema des Lenin- (und früheren Stalin-)Mausoleums in Moskau folgend - die Grabbauwerke der "mongolischen Lenin und Stalin", nämlich Suche Bators und Tschobalsans. Auch der Handelsaustausch ist nahezu ausschließlich auf die Sowjetunion konzentriert; des weiteren gehört die MVR zum COMECON; die einzige internationale Verbindung ist die Fluglinie von Ulan Bator nach Irkutsk am Baikalsee; die MVR betätigt sich überdies als geflissentliches Echo aller außenpolitischen Erklärungen Moskaus. Andererseits wird jede prochinesische Äußerung irgendeines mongolischen Repräsentanten fast auf der Stelle mit harten Sanktionen geahndet. So etwa wurde z.B. der Präsident der Akademie der Wissenschaften, Bazaryn Shirendeb, wegen "schwerer Fehler" seines Amtes entlassen, weil er die herrschende antichinesische Linie nicht mitvollziehen wollte (XNA, 21.1.82). Shirendeb war Mitglied des ZK der Mongolischen Volksrevolutionärpartei. Seit 22 Jahren war er Präsident der Mongolischen Staatsuniversität, Erziehungsminister und Präsident der Mongolischen Wissenschaftsakademie gewesen.

Trotz der sowjetischen Allgegenwart akzeptiert die mongolische Bevölkerung den nördlichen Nachbarn - ganz nach dem Motto: "Sie lieben die Russen nicht, aber sie fürchten die Chinesen" (NZZ, 10.7.82).

Ebenso wie für den normalen Vietnamesen ist auch für den Durchschnittsmongolen "Hauptgefahr" die VR China. Die Furcht vor den Chinesen, die schon im Zeichen der Anti-Mongolenfeldzüge der chinesischen Qing-Dynastie begann und die sich in neuerer Zeit - vor allem angesichts der Teilung des früheren mongolischen Stammesgebiets in zwei Hälften, deren eine heute von China unter dem Namen "Autonome Region Innere Mongolei" verwaltet wird - fortsetzte, wirkt psychologisch in jede außenpolitische Entscheidung mit hinein.

Die Führung der MVR sähe es gern, wenn sie zwischen den beiden kommunistischen Nachbarn eine Schaukelpolitik betreiben könnte; da jedoch keine der beiden mächtigen Nachbarn ein Risiko eingehen möchte, mußte es früher oder später zur Vorherrschaft einer einzigen Vormacht kommen, und dies war eben -zu-

mindest seit Gründung der Mongolischen Volksrepublik (1924) - die UdSSR. Moskau war es auch, das bei den sino-sowjetischen Grundlagenverhandlungen i.J. 1950 den Chinesen u.a. die Anerkennung der Selbständigkeit der MVR abverlangte - eine Forderung, die von den Chinesen nolens volens akzeptiert und durch bilateralen Vertrag auch völkerrechtlich festgeschrieben wurde. Auch die späteren Vertragswerke zwischen China und der MVR, vor allem der Grenzvertrag von 1962, zeigen, daß Beijing die Selbständigkeit der MVR zumindest de jure anerkennt.

Seit dem sino-sowjetischen Bruch zu Beginn der sechziger Jahre hat China einen Versuch nach dem anderen gestartet, die Sympathien der mongolischen Bevölkerung - vielleicht sogar der mongolischen Führung - für sich zu gewinnen. Einer dieser Versuche war der bereits erwähnte Grenzvertrag. I.J. 1964 wurde im Zusammenhang mit diesem Vertrag eine gemeinsame Grenzinspektionskommission gebildet, die seither Jahr für Jahr tagt und eines der wenigen institutionellen Bindeglieder zwischen beiden Nachbarn geblieben ist (XNA, 6.4.82). Jahr für Jahr auch wird ein Protokoll über den Gütertausch zwischen beiden Ländern unterzeichnet (z.B. XNA, 22.5.81 und 26.2.82) - und zwar in der Regel auf der Ebene der stellvertretenden Minister für Außenhandel. Die Unterzeichnungszereemonie erfolgt abwechselnd in der einen und dann wieder in der anderen Hauptstadt. Auch Kranzniederlegungen an den "Monumenten der sowjetisch-mongolischen Helden", die sich in verschiedenen nord- und nordostchinesischen Städten befinden, werden anlässlich der Feiern zum Sieg des Widerstands gegen Japan (1937-45) (jeweils am 3. September) sowie anlässlich des Gründungstags der Mongolischen Volksarmee (18. März 1921) mit schöner Regelmäßigkeit "celebriert" (z.B. XNA, 3.9.81, 4.9.82 und 18.3.83). Protokolle über den Eisenbahngrenzverkehr (z.B. C.a., September 1977, S.596), über den Austausch meteorologischer Informationen (z.B. C.a., Januar 1977, S.1048) und ähnliche Anknüpfungsversuche sollten für bessere Stimmung sorgen.

Allein, die mongolische Führung ist mißtrauisch geblieben. Sie wird nicht müde, den chinesischen "Großmachtexpansionismus" zu verurteilen und dafür immer wieder ganze Serien von Indizien anzuführen: Schon 1936 habe Mao Zedong erklärt, daß im Falle eines

Sieges der chinesischen Revolution die MVR automatisch ein Teil Chinas werde. Er habe Länder wie Vietnam, Laos und Kambodscha sowie Birma, Korea und die Mongolei als "illegal von China abgetrennte" Teile bezeichnet. Auch 1945 habe Mao seine Absicht, die Mongolei wieder in das Chinesische Reich einzugliedern, bestätigt. Anfang 1949, also kurz vor der Gründung der VRCh, habe Mao sich an die Führer der Sowjetunion gewandt und sie darum gebeten, die Annexion der MVR durch China gutzuheißen. Stalin jedoch habe diesem Ansinnen widersprochen. I.J. 1954 habe die VRCh diesen Versuch noch einmal wiederholt, sei allerdings auch bei den Nachfolgern Stalins auf Widerspruch gestoßen. Im Sommer 1954 habe Mao anlässlich eines Empfangs japanischer Sozialisten erneut betont, daß die MVR zu China gehöre. Auch die Reformen hielten an dieser maoistischen Linie fest, wie aus Landkarten chinesischer Schulbücher hervorgehe, die i.J. 1978 veröffentlicht wurden, und die die MVR als Teil Chinas auswiesen. Sogar der Baikalsee sei auf diesen Karten mit ins chinesische Territorium einbezogen (so Staatspräsident und Parteivorsitzender Tsedenbal in einer Rede vom 2. Oktober 1980 (SWB, 10.10.80)).

Die VR China habe in den vergangenen Jahren nichts unterlassen, um der MVR Schaden zuzufügen:

- indem sie - entgegen ursprünglichen Verträgen - nicht 24, sondern nur noch 2 Züge pro Tag über die Eisenbahnlinie von der chinesischen Grenze nach Ulan Bator rollen lasse - und dies seit 1960!

- Außerdem versuche die chinesische Seite der mongolische Viehzucht zu schaden: In den frühen siebziger Jahren beispielsweise habe sie 130.000 Wildziegen mit schweren Infektionen auf mongolisches Gebiet getrieben; von den Zügen aus werde außerdem infiziertes Getreide und Gemüse abgeworfen (ebenda).

- Des weiteren betriebe Beijing "wirtschaftliche und ideologische Subversion" (Montsame in SWB, 30.10.81). U.a. bediene es sich dabei chinesischer Staatsangehöriger, die in der Mongolei lebten; der chinesisch-mongolische Handel sei gegenüber 1960 auf ein Siebtel zusammengeschumpft.

- Ferner wird China der Zusammenarbeit mit den USA und der NATO gegen die sozialistischen Länder beschuldigt (so die Rede

Tsedenbals auf dem mongolischen Parteikongreß vom Juni 1981 (SWB, 11.6.81)). Diese bösartige Kooperation zeige sich u.a. in der gemeinsamen chinesisch-amerikanischen (CIA-)Zusammenarbeit mit der reaktionären "UNITA" in Angola (Montsame in SWB, 11.9.81).

- China widersetze sich auch dem von der Mongolei vorgeschlagenen Friedenspakt in Asien und im Pazifik. Während des XVIII. Parteitags der MRVP im Mai/Juni 1981 hatte Tsedenbal den verschiedenen asiatischen Ländern eine Konvention über gegenseitigen Nichtangriff und über Nichtanwendung von Gewalt in den Beziehungen zwischen den Staaten Asiens und des Pazifischen Ozeans unterbreitet (TASS, engl., 26.5.81). Dieser Vorschlag war offensichtlich ein Echo auf entsprechende sowjetische Vorschläge für die Gründung eines panasiatischen Sicherheitsbündnisses (erstmalig vorgeschlagen 1969), wie es nicht nur von China, sondern von den meisten Staaten Asiens abgelehnt worden war. U.a. äußerte der mongolische Parteivorsitzende damals die Besorgnis, daß Japan in eine militärisch-politische Allianz mit den USA und China hineingezogen werde sollte.

- Ferner wirft Ulan Bator den Chinesen eine unziemliche Aufwertung des mongolischen Nationalhelden, Dschingis-Khan, vor. Dschingis-Khan war ursprünglich zwar auch den mongolischen Führern als nationale Heldenfigur höchst willkommen gewesen; doch hatte sich die Führung schließlich der Politik Moskaus beugen müssen, die in Dschingis-Khan nichts als einen Ausbeuter und Plünderer anderer Nationen - u.a. Rußlands - sieht - jenes mittelalterlichen Rußland, das unter der Besetzung der "Goldenen Horde" mehrere Jahrhunderte lang zu leiden hatte. Die heutige offizielle Interpretation der MRVP hat sich nach den sowjetischen Wünschen ausgerichtet. Danach ist Temudschin (= "Schmied", ursprünglicher Name Dschingis-Khans) lediglich ein mongolischer Stammesfürst, der die blutigen Fehden zwischen den mongolischen Einheiten beendet und einen "frühfeudalen" mongolischen Staat begründet hat, dessen Potential von ihm freilich sofort zur Unterdrückung anderer Völker ausgenutzt wurde. Dschingis-Khan erscheint denn auch im Historischen Museum in Ulan Bator nur auf einem unscheinbaren Bild in einem Nebenraum.

Demgegenüber ließ die chinesische Führung nichts unversucht,

Dschingis-Khan aufzuwerten, vor allem anlässlich seines 800. Geburtstag am 16. Juni 1962. Überall in der Inneren Mongolei fanden damals Dschingis-Khan-Feiern statt. 1981/82 entstand für mehrere 10 Mio. Yuan in der Inneren Mongolei ein Dschingis-Khan-Grabmal. Selbst die vietnamesische Propaganda hielt dieses Ereignis eines ausführlichen Kommentars für wert und wies darauf hin, daß kein anderer Ausländer dem chinesischen Expansionismus so sehr unter die Arme gegriffen habe wie Dschingis-Khan (Radio Hanoi in SWB, 11.9.82).

- Besonders negativ wirke sich die chinesische Politik gegenüber der Autonomen Region Innere Mongolei aus: Im Mai 1947 habe die Bevölkerung der Inneren Mongolei zwei Millionen Menschen, zumeist mongolischer Herkunft, umfaßt. Im Mai 1982 hingegen sei sie auf 18 Millionen angestiegen, darunter nur 7,8 Millionen Mongolen. 1980 hätten die Beijinger Führer erneut 400.000 Chinesen in die Innere Mongolei entsandt - sehr zur Empörung der mongolischen Bevölkerung. Während der "Kulturrevolution" seien rund 340.000 Mongolen "unterdrückt" und "nahezu 76.000 getötet" worden. Mongolen hätten damals nicht einmal ihre eigene Sprache benutzen dürfen (Montsame in SWB, 15.5.82). Es seien aber nicht nur 16 Millionen Han-Chinesen eingewandert; darüber hinaus habe Beijing auch eine systematische Sinisierungspolitik betrieben, u.a. durch chinesisch-mongolische Zwangsheiraten; Kinder, die aus Mischehen hervorgingen, seien als Han-Chinesen registriert worden. Die Behörden hätten auch versucht, soweit wie möglich Heiraten zwischen Mongolen zu verhindern (Montsame in SWB, 28.11.81).

- Des weiteren habe Beijing versucht, die in der Mongolei lebenden Huaqiao (Auslandschinesen) in "antimongolische Aktivitäten" einzuspannen, sie als Informanten zu benutzen und sie sogar für Sabotageakte zu gewinnen - u.a. durch Vernichtung von Staatseigentum, durch Organisierung von Prostitution und durch flagrante Mißachtung der Gesetze. Aus diesem Grunde seien zwischen 1979 und 1981 bereits 37 Chinesen des Landes verwiesen worden (Montsame in SWB, 4.8.81).

- Schließlich sei es auch entlang der gemeinsamen Grenze zwischen 1969 und 1981 zu über 400 Grenzverletzungen durch chinesische Truppen gekommen. Allein 250mal hätten die Chinesen entlang der Grenze umfangreiche Manöver veranstaltet (ebenda).

In diesem ausgreifenden Kontext sind auch die neueren Maßnahmen Ulan Bators zur Ausweisung chinesischer Staatsbürger zu sehen. Zwischen 9. März und 1. Juni 1983 wurden nicht weniger als 1.764 chinesische Staatsangehörige (insgesamt 294 Haushalte), die in Ulan Bator lebten, von mongolischen Behörden angewiesen, sich bei Landwirtschaftsbetrieben in verschiedenen Provinzen zu melden und dort eine Arbeit anzunehmen - dies alles innerhalb von 14 Tagen seit Mitteilung. Beginnend vom 30. März 1983 an wurden weitere Gruppen von Chinesen zum Verlassen des Landes innerhalb eines bestimmten Zeitabschnitts aufgefordert, hierbei, wie das Außenministerium in Beijing empört feststellte (XNA, 3.6.83), einer "entwürdigenden Durchsuchung unterzogen" und all ihrer mitgenommenen Habe durch Konfiskation beraubt. Schon vorher habe man ihnen abrupt die Lohnauszahlung verweigert und sie - sogar mit Polizeihilfe - eingeschüchtert. Auch den ursprünglich aufs Land verwiesenen Personen habe man nahegelegt, doch lieber gleich nach China zurückzukehren.

Die chinesische Seite habe nicht weniger als 14mal Vorschläge zur Lösung des Huaqiao-Problems unterbreitet. U.a. habe sich China einverstanden erklärt, solchen Chinesen, die in den Städten keine Beschäftigung finden konnten, Arbeit auf dem Land zuzuweisen - und zwar stets unter der Voraussetzung, daß die Betroffenen damit einverstanden seien. Die mongolische Seite möge sofort ihre Politik einstellen, chinesische Staatsangehörige zum Verlassen der Mongolei aufzufordern, ihr Eigentum zu konfiszieren und sie entwürdigenden Durchsuchungen zu unterziehen (XNA, 3.6.83).

In der MVR leben z.Zt. rund 7.000 Chinesen, die z.T. schon während der Qing-Zeit, in den meisten Fällen aber erst während der fünfziger Jahre als Arbeitskräfte zugezogen waren.

Die mongolischen Maßnahmen haben bei westlichen Beobachtern Spekulationen ausgelöst. Die "herrschende Meinung" geht dahin, daß die Ausweisungspolitik mit den chinesisch-sowjetischen Konsultationen im Zusammenhang stehe, die im Oktober 1982 in Beijing begannen und im März 1983 in Moskau fortgesetzt wurden. Eine der drei chinesischen Hauptforderungen bei diesen Besprechungen besteht ja bekanntlich darin, daß die sowjetischen Truppen u.a. aus der Mongolei abgezogen werden sollen. Man

darf auch davon ausgehen, daß Moskau sich in diesem Punkt am ehesten nachgiebig zeigen könnte. Freilich darf man nicht so weit gehen, anzunehmen, daß die Mongolei am Ende eine Art Tauschobjekt im Rahmen der chinesisch-sowjetischen Großmachtspolitik werde. Allzulange hat Rußland/die UdSSR um die Vorherrschaft in Zentralasien kämpfen müssen, als daß sie nun plötzlich auf die dort gewonnene Vorherrschaft verzichten wollte. Immerhin aber könnte Moskau daran interessiert sein, daß bei einer "Ausdünnung" seiner Truppenverbände in der MRV gleichzeitig auch die chinesischen "Spione und Diversanten" (= die Huaqiao) zu weichen hätten.

Eine "Lösung" des Huaqiao-Problems lag schon 1979 in der Luft, als Vietnam in der Ausweisungspolitik vorangegangen war. Das Parteiorgan "Unen" beschuldigte damals die Huaqiao, in der Mongolei als Trojanisches Pferd der VR China (Sabotage und Spionage) zu wirken. Zentren subversiver Tätigkeit seien die chinesische diplomatische Mission in Ulan Bator, ferner ein chinesisches Krankenhaus und eine chinesische Schule (Näheres C.a., Dezember 1979, Ü 16). Damals schreckte die Partei jedoch vor einem so weitreichenden Schritt zurück. Sollten die Bedenken inzwischen zurückgestellt worden sein? Was freilich die mongolische Stellungnahme zu den Ausweisungsmaßnahmen anbelangt, so klingen sie nach außen hin ganz beschwichtigend: Die meisten Huaqiao seien schon seit langem aufgefordert worden, sich einer "sozial nützlichen Arbeit" zuzuwenden, hätten sich jedoch taub gestellt. Ausweisungsmaßnahmen seien nur gegen solche Einzelpersonen verhängt worden, die "systematisch und bösartig die Gesetze der MVR untergraben" hätten (Montsame in SWB, 3.6.83).

Wie man das Blatt auch dreht und wendet: Man kommt am Ende nicht um die Vermutung herum, daß die Ausweisungsmaßnahmen etwas mit den sino-sowjetischen Verhandlungen und mit der in weiterer Zukunft vielleicht bevorstehenden "Ausdünnung" des sowjetischen Truppenbestandes in der MVR zu tun haben.

-we-

### (2) VBA-Marineeinheiten besuchen das Zengmu-Riff

Ein 20.000 t-Versorgungsschiff und ein 2.000 t-Transporter der VBA-Marine haben auf einer "Übungsfahrt" vom 18. Mai bis

11. Juni 1983 unter anderem das von der VR China beanspruchte Zengmu-Riff besucht (XNA, 15.6.83). Dieser "südlichste Punkt Chinas" (ebenda) liegt nur ca. 100 km von der malaysischen Küste entfernt, während die kürzeste Entfernung (Luftlinie) zum nächsten Punkt des chinesischen Festlands rund 1.850 km beträgt (siehe auch C.a., April 1983, Ü 3). Die beiden Schiffe der VBA-Marine waren vom Hafen Zhanjiang in der Provinz Guangdong ausgelaufen, hatten die ebenfalls von China beanspruchten Paracel- und Spratly-Inseln passiert und waren nach ihrem Besuch des Zengmu-Riffs nach Norden abgedreht, wo sie Taiwan vom Pazifik her umschifften und schließlich durch die Taiwan-Straße zu ihrem Heimathafen Zhanjiang zurückkehrten. In Zhanjiang ist möglicherweise ein größerer Teil der chinesischen Südmeer-Flotte stationiert.

-sch-

### (3) Kim Jong Il auf Geheimbefuch in Beijing

Der von seinem Vater Kim Il Sung zu seinem Nachfolger auserkorene Kim Jong Il (41) hat der Volksrepublik China vom 1.-12. Juni 1983 einen inoffiziellen Besuch abgestattet. Der Besuch von Kim Jong Il (offizielle Positionen: Mitglied des Präsidiums des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees der Koreanischen Arbeiterpartei) wurde in den chinesischen Massenmedien nicht erwähnt. Gegenüber ausländischen Geschäftsträgern in Beijing wurde der Besuch von Kim Jong Il jedoch von chinesischer Seite bestätigt. Die Visite des nordkoreanischen Thronprätendenten könnte im Zusammenhang stehen mit der Klimaverbesserung im Verhältnis zwischen der Volksrepublik China und Südkorea im Anschluß an die Entführung eines chinesischen Linienflugzeugs nach Südkorea am 5. Mai dieses Jahres. (The Korea Herald, 11. u. 12.6.83; AW, 8.7.83; siehe auch C.a., Mai 1983, S. 272-273)

-sch-

### (4) Luftfahrtabkommen zwischen VRCh, Südkorea und Japan

Die Republik Korea, Japan und die Volksrepublik China haben ein Abkommen über die Eröffnung einer neuen direkten Flugverbindung zwischen Fukuoka in Japan und Shanghai erzielt, die durch das Fluginformationsgebiet der Republik Korea führt. Das südkoreanische Verkehrsministerium teilte am 10. Juni 1983 mit, daß das Abkommen in mehreren Zu-

sammenkünften zwischen Fachleuten Koreas, Japans und der Volksrepublik China ausgearbeitet worden sei, nachdem die drei Länder im Januar dieses Jahres in Singapur auf einer Konferenz der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) grundsätzlich übereingekommen waren, eine kürzere Flugverbindung zwischen der Volksrepublik China und Japan über südkoreanisches Luftüberwachungsgebiet zu eröffnen. Das Abkommen wird am 4. August 1983 in Kraft treten, nachdem zuvor die Luftfahrt-Kontrollzentren der betroffenen Länder die Vertragsurkunden unterzeichnet und sich die drei Staaten bis zum 7. Juli das offizielle Dokument "Mitteilung an die Piloten" zugesandt haben. Nach Angaben des südkoreanischen Verkehrsministeriums wird die neue Flugstrecke den Luftweg zwischen Japan und China um 171 Meilen verkürzen, wodurch die internationalen Luftfahrtgesellschaften jährlich etwa 7 Mio. Dollar an Treibstoffkosten einsparen können.

Folgende internationale Fluggesellschaften werden die neue Route über das Fluginformationsgebiet der Republik Korea benutzen: Japan Airlines, Pan American Airways, Civil Aviation Administration of China, Pakistan International Airlines und Iran National Airlines. Die genannten Fluggesellschaften werden auf der neuen Route voraussichtlich insgesamt 70 Flüge pro Woche durchführen. (KBS, 11.6.83, nach: MD, 15.6.83; The Korea Herald, 11.6.83) -sch-

#### (5) VRCh erlaubt Verwandten-Besuche in Südkorea

Die Behörden der Volksrepublik China haben kürzlich beschlossen, chinesischen Bürgern koreanischer Abstammung zu erlauben, ihre Verwandten in Südkorea zu besuchen. Dies meldete der südkoreanische Rundfunk in Berufung auf die japanische Zeitung Yomiuri Shimbun vom 10. Juni 1983. Unter Berufung auf eine Beijinger Quelle soll die Zeitung geschrieben haben, daß im Rahmen der Politik, den Personenverkehr mit Südkorea zu erleichtern, einige chinesische Bürger koreanischer Herkunft bereits Südkorea besucht hätten. Yomiuri Shimbun zufolge wurde die neue Maßnahme vor der Entführung eines Flugzeugs der staatlichen chinesischen Luftfahrtgesellschaft CAAC nach Südkorea (am 5. Mai 1983; siehe C.a., Mai 1983, Ü 6) getroffen. Staatsbürger der Volksrepublik China, die ihre Verwandten in Südkorea besuchen wollen, erhal-

ten sechs Monate lang gültige Besucherpässe und müssen über Hong Kong nach Südkorea einreisen. (KBS, 10.6.83, nach: MD, 14.6.83; The Korea Herald, 11.6.83) -sch-

### ALLGEMEINE GRUNDSÄTZE DER AUSSENPOLITIK

#### (6) Diplomatische Beziehungen mit 129 Ländern (VR China : Taiwan = 129 : 23)

Am 6. Juni gab Premierminister Zhao Ziyang in seinem Regierungsbericht, anlässlich der 1. Sitzung des VI. NVK bekannt, daß China in der Zwischenzeit mit 129 Ländern diplomatische Beziehungen unterhalte. Allein in den letzten fünf Jahren seien offizielle Beziehungen mit 15 Ländern aufgenommen worden. Während dieses Zeitraums auch besuchten chinesische Führungspersönlichkeiten 90 Länder und empfingen Spitzenbesuche aus 81 Ländern (XNA, 6.6.83).

Für Taiwan bleiben nur noch 23 Partner, nämlich drei afrikanische Staaten (Südafrika, Swaziland und Malawi), zwei asiatische (Südkorea und Saudi Arabien), vier pazifische (Tonga, Nauru, Tuvalu und Salomon-Inseln), des weiteren der Vatikan und schließlich 13 lateinamerikanische Länder (Bolivien, Costa Rica, Dominica, dominikanische Republik, El Salvador, Nicaragua, Panama, Paraguay, Uruguay, Guatemala, Haiti, Honduras und St. Vincent). 1983 verlor Taiwan zwei afrikanische Partner, nämlich Lesotho und Elfenbeinküste, während es einen dazugewann, nämlich Dominica (hierzu auch C.a., Mai 1983, Ü 46). -we-

### VERTEIDIGUNG

(7)  
**Manöver der VBA-Luftwaffe**  
Die größten Luftlandemanöver, die bisher in der Volksrepublik China abgehalten wurden, haben am 6. und 7. Juni 1983 in der Provinz Hubei stattgefunden. An der Übung nahmen Fallschirmjäger der Luftwaffeneinheiten der Militärregion Wuhan teil, die die zentralen Provinzen Hubei und Henan umfaßt. (SWB, 11.6.83; AFP, 9.6.83) Das Manöver steht offenbar in unmittelbarem Zusammenhang mit den Bemühungen der mi-

litärischen Führung, die VBA-Luftlandeeinheiten sowohl vom Material her als auch in der Kriegsführung zu modernisieren. In diesem Zusammenhang ist geplant, ein Fallschirmjäger-Forschungsinstitut zu gründen und eine Zeitschrift über die Theorie der modernen Kriegsführung unter Einsatz von Luftlandeeinheiten zu veröffentlichen (XNA, 18.5.83). -sch-

### INNENPOLITIK

#### (8) Rangordnung der ersten 13 Mitglieder der chinesischen Führungsspitze

Anlässlich der Veröffentlichung der Mitgliederliste des Trauerkomitees für den am 10. Juni 1983 verstorbenen Liao Chengzhi gab die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua indirekt die Rangfolge der ersten 13 Mitglieder der chinesischen Führungsspitze bekannt (XNA, 13.6.83; siehe auch C.a., Oktober 1982, Ü 7):

1. Hu Yaobang (68)
2. Ye Jianying (86)
3. Deng Xiaoping (79)
4. Zhao Ziyang (65)
5. Li Xiannian (77)
6. Chen Yun (84)
7. Peng Zhen (81)
8. Deng Yingchao (79)
9. Xu Xiangqian (82)
10. Nie Rongzhen (83)
11. Ulanhu (79)
12. Wang Zhen (75)
13. Yang Shangkun (79)

Diese 13 ranghöchsten Politiker der VR China haben ein Durchschnittsalter von über 78 Jahren. Der jüngste unter ihnen ist Ministerpräsident Zhao Ziyang mit 65 Jahren. -sch-

(9)  
**Liao Chengzhi verstorben**  
Liao Chengzhi, Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh und stellvertretender Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses, verstarb am 10. Juni 1983 im Alter von 75 Jahren an Herzversagen in Beijing. Liao war erst im September letzten Jahres in das Politbüro gewählt worden und sollte nach dem Willen der Parteiführung auf der 1. Tagung des VI. NVK zum stellvertretenden Staatspräsidenten der Volksrepublik China gewählt werden. Hinter der Aufwertung von Liao Chengzhi stand das Bemühen der nachmaoistischen Parteiführung, das Verhältnis zwischen den chinesischen Kom-